

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst usw. Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 43

Dresden, Dienstag den 22. Februar 1916.

27. Jahrg.

## Die neuen Steuern.

### Westlich Souchez 800 Meter Graben gewonnen. — Ein deutsches Luftschiff verloren. — Die Bierverbands-Untersuchung gegen Nikita.

#### Die Steuerpläne der Regierung.

Ueber die neuen deutschen Kriegssteuerentwürfe, die in voriger Woche an den Bundesrat gelangt sind, nachdem sie die Zustimmung des preussischen Staatsministeriums gefunden haben, erhält die Tägliche Rundschau folgende Mitteilungen:

Die Vorklagen gliedern sich in Steuern, die dauernde Mehreinnahmen von rund 500 Millionen Mark jährlich bringen sollen, die als ordentliche Einnahmen in den Haushalt einfließen sollen. Diese Einnahmen sollen dazu dienen, die notwendigen Mittel zur Versorgung der Kriegsanleihe zu sichern. Als durchaus unwirtschaftlich ist der Gedanke verworfen worden, solange der Krieg dauert, die Zinsen der Kriegsanleihe aus deren Fonds zu bestreiten. Die verbündeten Regierungen haben sich vielmehr darüber geeinigt, die Verzinsung der Kriegsanleihe aus laufenden Einnahmen zu erledigen habe. Was nun die Steuerentwürfe selbst betrifft, so sollen Tabak und Zigaretten eine kräftige Mehrbelastung erleiden. Eine Erhöhung des Frachtgutpreises und seine Ausdehnung auf den Frachtverkehr seien in Aussicht genommen. Endlich plant man eine mögliche Erhöhung des Briefpostzolls, der Telegrammgebühren und des Postschekverkehrs. Eine Erhöhung der Fahrkartensteuer ist nicht in Aussicht genommen. Dem Bundesrat ist ferner die Kriegsgewinnsteuer zugesagt. Sie ist als außerordentliche Einnahme gedacht, etwa wie die einmalige Vermögensabgabe gelegentlich der letzten Militärverträge. Die Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer sollen zur Abbildung der Kriegsschuld Verwendung finden. Nach Beendigung des Krieges dürfte eine Wiederholung der Kriegsgewinnsteuer für alle jene Gewinne erfolgen, die nach der Veranlagung der jetzigen Kriegsgewinnsteuer erzielt worden sind. Ueber das finanzielle Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer gehen die Schätzungen weit auseinander. Die Regierung hat bei der Ausarbeitung dieser Steuer einseitig dem berechtigten Verlangen weiterer Kräfte Rechnung zu tragen, die hohen Kriegsgewinne einer kräftigen Besteuerung zu unterziehen, andererseits aber streng vermieden, dem Entwurf einen konfiskatorischen Charakter zu geben. Da nach ihrer Auffassung das Reich das größte Interesse daran hat, die Unternehmungslust der Privatindustrie nicht zu lähmen und die Kapitalbildung nach dem Kriege nicht zu unterbinden. Eine grundlegende Steuer- und Finanzreform für das Reich und die Bundesstaaten steht nach dem Kriege in sicherer Aussicht. Solange der Krieg dauert, soll davon abgesehen werden. Erst das Kriegsende und insbesondere die Frage der Kriegsschadigungen und die Höhe derselben werden den verbündeten Regierungen einen Überblick geben, welche finanziellen Maßnahmen zu ergreifen sein werden.

Es handelt sich also bei den Kriegssteuerentwürfen einmal um die Kriegsgewinnsteuer, deren Ertrag zur Tilgung eines entsprechenden Teils der Kriegsschuld benutzt werden soll, während die anderen Steuern, von denen zusammen eine dauernde Mehreinnahme von etwa 500 Millionen Mark erwartet wird, zur Deckung der laufenden Ausgaben des Reiches dienen sollen.

Die Steuerliste der Täglichen Rundschau scheint nichts Unrichtiges zu enthalten, aber sie dürfte nicht vollständig sein. Nach früheren Meldungen aus anderer Quelle kommt vor allem auch eine Quittungssteuer in Betracht, ferner die Ausdehnung des Frachtzollendenkempels auf Seilgut, auf Erhöhung der Telephongebühren. Große Freude werden die Steuerpläne der Regierung bei den breiten Massen der Bevölkerung sicher nicht erregen, sind es doch Steuern, die wenigstens zum größten Teile, die Massen, die schon jetzt schwer zu tragen haben, erhöht belasten. Das gilt vor allen Dingen für eine Erhöhung der Steuer auf Tabak und Zigaretten. Der Tabak ist nun einmal ein Genussmittel, das durch die breiten Schichten der Bevölkerung in großem Maße gebraucht wird. Gerade jetzt, wo so vielfach von den Angehörigen der Soldaten Tabakfabrikate an die Front geschickt werden, scheint es doppelt angebracht, die vorhandenen an sich schon hohen Tabaksteuern nicht zu erhöhen. Manche Kriegerfrauen nehmen ihren Groschen, um ihren Mann an der Front mit der erforderlichen Rauchware zu versorgen. Man wird es im Volke nicht begreifen, daß die Regierung gerade jetzt eine Steuererhöhung durchführen will, die besonders die Kriegerfrauen empfindlich treffen wird.

Auch die Erhöhung des Briefpostzolls und der Telegrammgebühren sowie die höhere Belastung des Postschekverkehrs ist im höchsten Grade bedenklich. Auch das sind Steuern, die so oder so von den breiten Massen der Bevölkerung getragen werden müssen. Außerdem bedeuten sie eine Verschärfung für den Geschäftsverkehr, was gerade jetzt während des Krieges, wo Handel und Verkehr mit den mannigfaltigsten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, vermieden werden möchte. Besonders unangenehm wäre eine höhere Belastung des Postschekverkehrs. Gerade in letzter Zeit ist wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig die Ausdehnung des Schekverkehrs ist, damit nicht soviel bares Geld für den Verkehr gebraucht wird. Einer Aus-

#### Westlicher Kriegsschauplatz:

Das nach vielen unsichrigen Tagen gestern aufblühende Wetter führte zu lebhafter Artilleriekämpfe an vielen Stellen der Front; so zwischen dem Kanal von La Bassée und Arras, wo wir östlich von Souchez im Anschlusse an unser wirkungsvolles Feuer den Franzosen 800 Meter ihrer Stellungen im Sturm entriß und 7 Offiziere, 319 Gefangene einbrachte.

Auch zwischen der Somme und der Dife, an der Aisne-Front und an mehreren Stellen der Champagne steigerte sich die Kampfartigkeit zu größerer Heftigkeit. Nordwestlich von Tahure scheiterte ein französischer Handgranatenangriff.

Endlich setzten auf den Höhen zu beiden Seiten der Maas oberhalb von Dun Artilleriekämpfe ein, die an

mehreren Stellen zu beträchtlicher Stärke anschwoilen und auch während der letzten Nacht nicht versummen.

Zwischen den von beiden Seiten aufsteigenden Fliegern kam es zu zahlreichen Luftgefechten, besonders hinter der feindlichen Front.

Ein deutsches Luftschiff ist heute nacht bei Revinny dem feindlichen Feuer zum Opfer gefallen.

#### Westlicher Kriegsschauplatz: und Balkan-Kriegsschauplatz:

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Oberste Heeresleitung.

#### Englands rosiges Finanzlage.

London, 21. Februar. Reuters. Der Schatzkanzler Mac Kenna erklärte im Unterhause: Als er im September gesagt habe, daß die Ausgaben wahrscheinlich 5 Millionen Pfund Sterling auf den Tag betragen würden, bevor das Finanzjahr zu Ende gehe, habe er damit sämtliche Ausgaben auch für den bürgerlichen Staatshaushalt und für die Schuldenentlastung gemeint. Wir sind, sagte der Schatzkanzler, nunmehr dieser Höhe sehr nahe gekommen und werden sie am Ende des Finanzjahres erreicht haben. Man hat der Regierung dargelegt, daß sie nicht ausreichende Maßregeln traf, um den Kredit zu vergrößern, und hat dabei auf den amerikanischen Wechselkurs hingewiesen. Mac Kenna forderte das Haus auf, den amerikanischen Kurs den englischen Geldes mit dem anderen kriegführenden Nationen zu vergleichen. Angemessen betrage der englische Kurs 4 Dollar 7 1/2 Cent für das Pfund Sterling. Das seien 10 Cent unter dem normalen Kurs von 4 Dollar 86 Cent. Die Regierung wüßte nicht, daß der Kurs den normalen Stand erreiche oder darüber hinaussteige, aus dem einfachen Grunde, weil England dadurch, daß es den Kurs etwa unter Pari hält, die Einfuhr vermindert und so das Abfließen von Gold nach Amerika vermindert. Wenn man den englischen Kurs mit dem von Deutschland und Österreich-Ungarn vergleiche, sehe man, daß sich der englische Kredit behauptet habe. Es sei bedauerlich ein Wunder, wie England nun nach 18 Monaten Krieg fast das einzige offene Goldland der Welt sei. (Beifall.) Das englische Papiergeld könne jetzt noch an der Bank von England gegen Gold eingewechselt werden. Eslinge kaum glaublich, daß der englische Kredit die schwere Probe, die er auszuhalten müßte, habe überstehen können. Aber wie schwer die Probe auch gewesen sei, England habe seinen Kredit behauptet. Er zweifle nicht daran, daß er auch noch nach einem Jahre werde mitteilen können, daß der englische Kredit unerschüttert sei.

#### Englische Wohlthätigkeit in Belgien.

London, 21. Februar. In Verantwortung einer Anfrage im Unterhause sagte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, dehnung der Vorgeblöswirtschaft wird natürlich direkt entgegengeordnet, wenn man den Scherkerkehr irgendwie ver-

Was von der Erhöhung der Porto- und Telegrammgebühren gilt, muß auch von der Quittungssteuer gesagt werden. Auch diese Steuer würde für den Geschäftsverkehr sehr lästig sein. Natürlich kommt es darauf an, wie sie im einzelnen ausgestaltet werden wird, besonders darauf, von welchen Beträgen an sie die Quittungen trifft. Aber es ist zu befürchten, daß die Einführung der Quittungssteuer dazu führt, daß in vielen Fällen, wo es bisher gedrücklich war, eine Quittung zu geben, dies nicht mehr geschieht, was leicht zur Ursache von unangenehmen Streitigkeiten werden kann.

Bei der Kriegsgewinnsteuer scheint man, nach Mitteilungen der Täglichen Rundschau zu urteilen, sehr sanft vorgehen zu wollen. Es wird in der Täglichen Rundschau unter anderem gesagt, daß man es vermeiden habe, dem Entwurf einen konfiskatorischen Charakter zu geben. Es ist ja jetzt Mode geworden, bei jeder Steuer, die die besitzenden Klassen einigermaßen empfindlich belasten könnte, von ihrem konfiskatorischen Charakter zu reden.

Bei den breiten Massen des Volkes werden die neuen sie belastenden Steuerpläne der Regierung große Unzufriedenheit erregen. Die Regierung könnte das vermeiden, wenn sie sich entschließt, statt der geplanten indirekten Steuern und der Verbrauchssteuern direkte Steuern zu erheben. Die von der Sozialdemokratie geforderte Weitererhebung des Wehrbeitrages wäre zweifellos leicht möglich und hätte erhebliche Einnahmen gebracht. Gegen die Erhebung direkter Steuern durch das Reich wird ja geltend gemacht, daß man auf die Steuererhebungen der Einzelstaaten Rücksicht nehmen müßte. Aber es ist wirklich nicht einzusehen, warum nicht Reich und Staat neben einander direkte Steuern erheben sollen. Es läme doch höchstens darauf an, wie hoch die von beiden zusammen zu erhebenden direkten Steuern wären und man kann nicht behaupten, daß die Belastung der Besitzenden durch direkte Steuern in Deutschland schon so hoch ist, daß ihnen jetzt nicht noch eine weitere Belastung durch Steuern für das Reich zugemutet werden könnte. Gewiß liegt es im allge-

meinen Interesse, daß die Kapitalansammlung nicht unterbunden wird, aber das braucht durch eine Erhöhung der direkten Steuern nicht zu geschehen. Gerade in den letzten Jahren hat der Luxus bei den besitzenden Klassen zweifellos ganz bedeutend zugenommen.

Sehr vielen Angehörigen der vermögenden Schichten der Bevölkerung dürfte es sehr leicht sein, ein Mehr an Steuern aufzubringen, wenn sie sich eine Einschränkung ihres reichlichen Bedarfs auferlegen. So mancher reiche Mann braucht nur eine Vergnügungsreise weniger zu machen, oder ein paar Gastereien wegzulassen und er hat die Summen, die er braucht, um das Mehr an Steuern zu bezahlen, ohne daß deshalb die Kapitalansammlung eingeschränkt werden muß.

Will man die Kapitalansammlung durch eine Steuer auf die Besitzenden möglichst wenig stören, so ist es allerdings nötig, daß man Steuern auch im Reich einführt, die sich nach dem gesamten Einkommen oder dem gesamten Vermögen richten, aber nicht wie die jetzt bestehende Zuwachssteuer gerade diejenigen freilassen, die ihr ganzes Einkommen verbrauchen, während sie von denen erhoben werden, die Kapital ansammeln.

Die sozialdemokratische Partei wird sich jedenfalls gegen Steuerpläne, wie sie hier mitgeteilt worden sind, aufs entschiedenste wehren und sie wird darauf bestehen, daß durch direkte Reichssteuern die Besitzenden zur Tragung der Kriegskosten herangezogen werden.

#### Burgfriedliche Tarifbewegungen.

Von den großen Tarifbewegungen, die für das Frühjahr 1916 möglich waren, sind bisher zwei erledigt. Im Holzgewerbe einigte man sich schon im vergangenen Herbst auf eine Verlängerung der ablaufenden Verträge, indem man beiderseits von einer Minderbühung Abstand nahm. Die Vertragsbestimmungen einschließlich der Lohnsteuern waren unangenehm, soweit sie nicht durch örtliche, wirtschaftliche Verhältnisse zu einer Milderung zu führen ließen. Die Arbeitgeber fanden im Holzgewerbe keinen Grund, die ebenfalls zur Verlängerung der bestehenden Verträge

bares Geld für den Verkehr gebraucht wird. Einer Aus-